RUSSLANDS DRAMATISCHE VERLUSTE IN DER UKRAINE
SEITE 5

DIE WELT

WIE TRUMP VOR GERICHT GEGEN SEINE GEGNER VORGEHT
SEITE 6

KUNDENSERVICE 0800/935 85 37

FREITAG, 17. OKTOBER 2025

D 2,90 EURO | NR. 201

KOMMENTAR

Deutschland darf nicht wie Duisburg werden

JAN PHILIPP BURGARD

Die linke Medienblase brodelt. Aus den sozialen Netzwerken erhebt sich kein gewöhnlicher Shitstorm, sondern ein echter Hurrikan der Empörung in Richtung Kanzleramt. Der Grünen-Vorsitzende Felix Banaszak hält Friedrich Merz für „gefährlich“ und „eines Kanzlers unwürdig“. Was ist passiert? Friedrich Merz hat es gewagt, die Realität zu beschreiben.

Bei einer Pressekonferenz in Potsdam verwies der Kanzler auf die Frage nach seiner Strategie gegen die AfD auf die Migrationspolitik und sagte, man sei „sehr weit“. Dann folgte der Satz, der ihn ins Kreuzfeuer der Kritik rückte: „Aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem, und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen.“ Wer diesen Satz des Kanzlers für eine unzulässige Zuspitzung oder Übertreibung hält, dem sei beispielhaft ein Spaziergang durch Duisburg ans Herz gelegt, wo die Post in der Hochhaussiedlung des Weißen Riesen zeitweise keine Pakete mehr zustellte – aus Sicherheitsgründen. Weil die Behörden zu wenig gegen die Kriminalität und Gewalt zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen unternehmen, haben einige Bewohner beschlossen, sich selbst zu bewaffnen. Der Grünen-Chef Banaszak, der selbst aus Duisburg stammt, verfügt offenbar über das Talent, die Augen vor diesen Fehlentwicklungen zu verschließen.

Nicht überall ist die öffentliche Ordnung schon derartig erodiert wie in Duisburg, aber in ganz Deutschland diskutieren die Menschen am Esstisch,

> EINE MEHRHEIT IN DEUTSCHLAND DÜRFTE SICH VON MERZ GESEHEN UND VERSTANDEN FÜHLEN

Konferenztisch oder Stammtisch über die Veränderung des Bildes ihrer Stadt. Manch gestandener Mann vermeidet es, von der Kneipe nach Hause zu laufen. Manche Frau geht nicht mehr im Park joggen. Laut dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos steht die Sorge um die Zuwanderung im September 2025 zum zwölften Mal in Folge an der Spitze des „Sorgenbarometers“. So manifestiert sich in der Kritik am Kanzler einmal mehr die Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung. Während Medien wie die „taz“ dem Kanzler vorwerfen, er „teste“ einen „Kampfbegriff“, um sich bei Wählern der AfD anzubiedern, dürfte eine schweigende Mehrheit in Deutschland sich von Friedrich Merz gesehen und verstanden fühlen.

Dem Kanzler nun Rassismus zu unterstellen, ist perfide. Denn Merz hat die Problembeschreibung des Stadtbildes ganz ausdrücklich mit der Notwendigkeit von Rückführungen verknüpft – und damit einen ganz konkreten Missstand angesprochen. Noch immer gibt es rund 220.000 Menschen, die illegal in Deutschland leben und abgeschoben werden müssten – das Ergebnis eines historischen Kontrollverlustes, der vor zehn Jahren begann und dessen Kollateralschäden unübersehbar sind. Ausländer sind in Deutschland mehr als doppelt so stark an Gewaltkriminalität beteiligt wie Deutsche. In der Kriminalitätsstatistik besonders stark vertreten sind Täter aus muslimischen Ländern von Algerien bis Afghanistan.

Dieser Realität haben sich große Teile von Politik und Medien lange verweigert – und damit die AfD groß gemacht. Es ist absolut richtig von Friedrich Merz, das Problem zu benennen, die illegale Migration zu bekämpfen und konsequent abzuschieben. Falsch ist es jedoch, sich als Kanzler teilweise von der eigenen Äußerung zu distanzieren. Merz habe seinen „Stadtbild“-Satz nicht in seiner Funktion als Kanzler gesagt, sondern habe sich bei der Pressekonferenz als Parteivorsitzender zu erkennen gegeben, erklärte Regierungssprecher Stefan Kornelius. Die Passage mit dem Satz wurde im Nachhinein auch nicht im Protokoll des Bundespresseamtes veröffentlicht.

Es ist nicht nur die vornehmste Pflicht eines Parteivorsitzenden, sondern erst recht die eines Bundeskanzlers, die Stimme des Volkes zu hören und in seine Entscheidungen miteinzubeziehen. Friedrich Merz hat in der Migrationspolitik bisher viel richtig gemacht. Seit seiner Amtsübernahme sinkt die illegale Einwanderung deutlich. Die Fallzahlen unerlaubter Einreisen sind im Vergleich zum Vorjahr um 25 bis 30 Prozent gesunken. In Bayern sind im ersten Halbjahr 2025 erstmals sogar mehr Menschen ausgereist als wieder eingereist. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder sagte übrigens schon im September wörtlich: „Das Stadtbild muss sich wieder verändern.“

Es ist richtig und wichtig, schonungslos offen darüber zu debattieren, wie Deutschland aussehen soll. Friedrich Merz sollte sich von den Worten seines Vorgängers Helmut Schmidt bestärken lassen. „Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden“, erklärte Schmidt. „Zuwanderung aus fremden Zivilisationen schafft uns mehr Probleme, als es uns auf dem Arbeitsmarkt an positiven Faktoren bringen kann.“ Deutschland darf nicht wie Duisburg werden.

ZIPPERT ZAPPT

Der Personalausweis soll teurer werden. Das Innenministerium will den Preis von 37 auf 46 Euro erhöhen. Damit möchte Dobrindt ein Zeichen setzen und ein für alle Mal deutlich machen, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nicht mehr verramscht wird, wie es die Ampel noch festgelegt hatte. Neben der Abschaffung der Turboeinbürgerung ist die Preiserhöhung beim Personalausweis die zweite Maßnahme, um den Wert des Deutschseins zu erhöhen. Wer es fünf Jahre in Deutschland aushält, ohne kriminell zu werden, der kann sich Hoffnungen auf das begehrte, aber nicht ganz billige Dokument machen. Die Gebühr für den Personalausweis soll in den nächsten Jahren schrittweise auf 200 Euro erhöht werden. Der Ausweis muss dann jedes Jahr erneuert werden, was online möglich ist. Wer sich das nicht leisten kann, erhält ein preisgünstigeres Ersatzdokument, das ihn als Bürger 2. Klasse ausweist. Der Premium-Personalausweis wird zusammen mit einer Deutschlandfahne ausgeliefert sowie mit 100 Gramm Nationalstolz und Heimatliebe in Pulverform. Außerdem gilt er als Händlerkarte bei „Bares für Rares“.

TÜVNORD TÜV NORD CERT GmbH Klimaneutrales Produkt Zertifizierung gem. TN-Standard TN-CC 020 tuev-nord.de
Mehr Informationen unter welt.de/verantwortung

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410. Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet.
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen. **Telefon:** 030/2 59 10
E-Mail: kontakt@welt.de **Anzeigen:** 030/58 58 90 E-Mail: anzeigen@welt.de
Kundenservice DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin **Telefon:** 0800 / 9 35 85 37 (Mo–Sa: 7 bis 19 Uhr) **E-Mail:** kundenservice@welt.de

ISSN 0173-8437 **186-39 ZKZ** **7109**
A 3,90 € • B 4,30 € • CH 5,00 CHF
DK 33,50 DKK • E/I.C. 4,50 € •
GR 4,50 € • I 4,50 € • L 3,90 € • PL 19 PLN
4 190710 902902 50042

AFP/JOHN WESSELS

Abschied von Tamir

Unter großer öffentlicher Anteilnahme wird der im Gaza-Streifen getötete Deutsch-Israeli Tamir Nimrodi in Kfar Saba beigesetzt. Der 20-Jährige war am 7. Oktober 2023 von Hamas-Terroristen im Schlafanzug aus einer Kaserne in den Gaza-Streifen verschleppt worden. Seine Leiche wurde am Dienstag an Israel übergeben. Unterdessen wächst angesichts der verzögerten Übergabe der toten Geiseln an Israel der innenpolitische Druck auf Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Nach der Rückgabe von nur zwei weiteren Leichen durch die Hamas am Mittwochabend forderten die Geisel-Familien ein Aussetzen des Waffenruhe-Abkommens.

Mit den Leistungen an den Schulen geht es bergab

„Ernst zu nehmendes Warnsignal“: Die Kompetenzen von Neuntklässlern in Mathematik und Naturwissenschaften werden schlechter. Auch die Qualifikation der Lehrer sinkt

SABINE MENKENS

Mit dem Bildungstrend 2024 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) musste die Kultusministerkonferenz (KMK) am Donnerstag erneut eine Schulleistungsstudie präsentieren, die einen klaren Abwärtstrend aufzeigt. Seit der vorigen Messung 2018 sind die Leistungen von Neuntklässlern in Mathematik und Naturwissenschaften deutlich abgesackt.

„Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2024 sind ein ernst zu nehmendes Warnsignal. Sie machen einmal mehr deutlich: Es besteht dringender Handlungsbedarf“, sagte Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) bei der Vorstellung der Ergebnisse. Die Leistungsrückgänge beträfen nahezu alle Bundesländer, Schularten und Schülergruppen. „Diese Negativ-Entwicklung gefährdet die Aufstiegschancen junger Menschen und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“ Daher brauche es jetzt eine „nationale Kraftanstrengung“ im Schulterschluss aller Verantwortlichen für Bildung und Erziehung – die Eltern schloss Prien dabei ausdrücklich ein.

Mit den IQB-Bildungstrends wird regelmäßig überprüft, ob Schülerinnen und Schüler die Standards der Kultusministerkonferenz erreichen. In den Fächern Mathematik, Biologie, Chemie und Physik werden die Tests am Ende der 9. Klasse durchgeführt. Insgesamt konnten Daten von 48.279 Schülern der neunten Jahrgangsstufe aus 1556 Schulen ausgewertet werden. Gemessen wurden die Ergebnisse in Punkten, die dann Kompetenzstufen von I bis V zugeordnet wurden, wobei die Stufe II den Mindeststandard definiert und V den Optimalstandard. Der Regelstandard ist bei einem Mittelwert von 500 in der Kompetenzstufe III erreicht.

Insgesamt ziehen die Bildungsforscher um IQB-Direktorin Petra Stanat ein ernüchterndes Fazit. „Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2024 für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer in der Sekundarstufe I fallen wenig erfreulich aus“, heißt es in ihrem Bericht. „In allen vier untersuchten Fächern werden die Regelstandards seltener erreicht und die Mindeststandards häufiger verfehlt als in den Jahren 2012 und 2018.“ So verfehlen aktuell knapp neun Prozent aller Neuntklässler im Fach Mathematik den Mindeststandard für den Ersten Schulabschluss (ESA) und etwa 34 Prozent den Mindeststandard für den Mittleren Schulabschluss (MSA) – ein Anstieg um drei beziehungsweise zehn Prozentpunkte. Betrachtet man nur die Jugendlichen, die einen mittleren oder höheren Schulabschluss anstreben (MSA-Population), verfehlen 24 Prozent die Mindeststandards in Mathematik, zehn Prozent die in Biologie, 25 Prozent die in Chemie und 16 Prozent die in Physik.

Die Anteile der Neuntklässler, die die abschlussbezogenen Anforderungen nicht erfüllten, seien also „erheblich gestiegen und insbesondere in den Fächern Mathematik und Chemie im Jahr 2024 deutlich zu hoch“, heißt es in dem Bericht. Auch die Spitzenleistungen gingen in diesem Zeitraum signifikant zurück. Den Messungen zufolge sind die Schülerleistungen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern seit 2018 bundesweit überall zurückgegangen. An Gymnasien sank das mittlere Kompetenzniveau sogar noch etwas stärker als an anderen Schulen. Im Fach Mathematik liegt der Mittelwert der erreichten Kompetenzen im Jahr 2024 in Deutschland insgesamt bei 474 Punkten. Im Fach Biologie werden im Mittel 473 Punkte, im Fach Chemie 471 Punkte und im Fach Physik 474 Punkte erreicht.

Dabei schnitten die Bundesländer aber unterschiedlich ab. Durchgängig signifikant positive Abweichungen vom Bundesdurchschnitt sind in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen zu verzeichnen. Signifikant unter dem Bundesdurchschnitt liegen die Mittelwerte vor allem in Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Der Analyse zufolge lässt sich der Abwärtstrend auch, aber nicht vollständig auf Veränderungen in der Zusammensetzung der Schülerschaft zurückführen. Einen Leistungsabfall hätte es den IQB-Berechnungen zufolge auch gegeben, wenn Faktoren wie der sozioökonomische Status, das kulturelle Kapital, Herkunft und Familiensprache gleichgeblieben wären. Gleichwohl sei die Kopplung der Kompetenzen der Jugendlichen an den sozioökonomischen Status ihrer Familien „in allen Kompetenzbereichen substanziell“.

Insgesamt habe sich die sozioökonomische Heterogenität vergrößert und der Anteil der in erster Generation selbst zugewanderten Kinder erhöht. „Das deutsche Schulsystem hat also erhebliche Integrationsleistungen zu erbringen. Dies betrifft vor allem auch die sprachliche Integration, die für den schulischen Erfolg von Kindern und Jugendlichen mit geringen Deutschkenntnissen zentral ist“, heißt es in dem Bericht. Unterschiede stellten die Forscher auch zwischen den Geschlechtern fest. In Mathematik erzielten Jungen fast durchgehend höhere durchschnittliche Kompetenzwerte als Mädchen. In den naturwissenschaftlichen Fächern Biologie, Chemie und Physik erzielen hingegen die Mädchen fast durchgehend höhere Werte. Als „besorgniserregend hoch“ bezeichneten die Forscher den Anteil der Jugendlichen, die nur über ein schwaches fachliches Interesse verfügen. Zugleich hätten psychosoziale Auffälligkeiten seit 2018 zugenommen, ihre Schulverbundenheit habe sich verringert. „Von diesen ungünstigen Entwicklungen sind insbesondere Mädchen betroffen“, heißt es im Bericht. Für die Beeinträchtigungen dürften die „Nachwirkungen der pandemiebedingten Einschränkungen des Schulbetriebs und der Sozialkontakte ein wesentlicher Faktor sein“, vermuten die Forscher.

Dem Bericht zufolge ist auch die Qualifikation der Lehrkräfte gesunken. Von den Lehrern der teilnehmenden Klassen verfügte ein substanzieller Teil nicht über die Lehrbefähigung in dem jeweiligen Fach – an Gymnasien sieben bis neun Prozent, an nicht-gymnasialen Schularten 14 bis 21 Prozent. Zudem werden vermehrt Lehrer eingesetzt, die kein grundständiges universitäres Lehramtsstudium absolviert haben, sondern als Quer- oder Seiteneinsteiger in den Beruf kamen. Tendenziell erzielten Klassen, die von fachfremden Lehrkräften, Quereinsteigern oder Seiteneinsteigern unterrichtet würden, im Durchschnitt geringere Kompetenzen.

KOMMENTAR

Merkels Bildungskatastrophe

DOROTHEA SIEMS

Deutschlands Schulmisere wird immer dramatischer. Ein wachsender Anteil der Neuntklässler scheitert schon an einfachen Mathematikaufgaben. Ähnlich düster sieht es in naturwissenschaftlichen Fächern wie Physik oder Chemie aus. Der von der Humboldt-Universität vorgelegte „IQB-Bildungstrend 2024“ stellt einen deutlichen Leistungsabfall gegenüber den beiden Vorgänger-Studien in den Jahren 2012 und 2018 fest.

Und es sind keineswegs nur Hauptschüler, die heutzutage selbst simple Aufgaben nicht bewältigen. Die fatalen Rückschritte betreffen vielmehr alle Schularten und soziale Schichten, lautet der niederschmetternde Befund der Bildungsforscher. Die zentrale Ursache für den Absturz sehen die Experten in der deutschen Corona-Politik, deren verheerende Folgen für die Kinder bis heute nachwirken. Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel blieben hierzulande die Schulen in den Pandemie-Jahren 2020 und 2021 viel länger geschlossen, als dies in den meisten anderen Ländern der Fall war.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron versprach schon zu Corona-Beginn, dass man den Kampf gegen die Pandemie „nicht auf Kosten der Kinder“ führen werde und ließ die Lehranstalten offen. Auch die Skandinavier, Niederländer oder Schweizer vernachlässigten trotz der damaligen Krise nie den Bildungsauftrag. Zumal die Schulschließungen in Deutschland darüber hinaus gerade bei jungen Menschen auch viel seelisches Leid auslösten – das oft ebenfalls bis heute nachwirkt. Am Ende wird die deutsche Gesellschaft langfristig einen horrenden Preis dafür zahlen, dass die Politik in der Corona-Zeit den Kindern die härtesten Einschränkungen zugemutet hat. Denn die dadurch entstandenen Bildungsdefizite schmälern die zukünftigen Wohlstandschancen nicht nur der Betroffenen selbst, sondern des gesamten Landes. Deutschland ist ressourcenarm, und seine Wettbewerbsfähigkeit hängt am Humankapital. Wer wenig Nachwuchs hat, sollte diesen wenigstens optimal ausbilden. Wer soll denn sonst künftig den Laden am Laufen halten?